

Europäische Parteien

Johanna Schmidt

„Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union bei.“ Nach dem EG-Vertrag betont auch Artikel I-45 des vom Konvent vorgelegten Verfassungsentwurfs die Bedeutung der europäischen Parteien. Als europäische Parteien bezeichnet man föderative Zusammenschlüsse nationaler Parteien aus verschiedenen Ländern Europas, deren inhaltliche und programmatische Zielsetzungen sich weitgehend gleichen. Ihre Aktivitäten sind insbesondere auf die Ebene der Europäischen Union konzentriert und ihre Abgeordneten bilden im Europäischen Parlament eigenständige Fraktionen. Ein wichtiger Schritt zur Herausbildung von politischen Parteien auf europäischer Ebene war die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 1979, infolgeder sich die Vertreter der nationalen Parteien um eine verstärkte Kooperation bemühten.

Fünf Parteienfamilien haben sich bisher zu transnationalen Parteibündnissen außerhalb des Europäischen Parlaments (EP) zusammengeschlossen: die christlichen bzw. konservativen Parteien, die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Grünen und seit Mai 2004 die Kommunisten bzw. Sozialisten Europas. Die Parteizusammenschlüsse verbinden eine Vielzahl nationaler Parteien sowohl aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) als auch aus Beitrittskandidatenstaaten. Zudem sind Parteien der direkten Nachbarn der EU oftmals assoziiert oder besitzen zumindest Beobachterstatus. Das Statut und damit die Finanzierung der europäischen Parteien waren bis Anfang 2004 nur provisorisch geregelt. Dabei wuchs mit der Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments auch die Bedeutung der europäischen Parteien und ihrer Fraktionen. Davon zeugen unter anderem Artikel 191 des EG-Vertrages, der die europäischen Parteien als wichtigen Integrationsfaktor in der Union charakterisiert. Dessen Erweiterung im Vertrag von Nizza enthält auch die Verpflichtung, ein Statut der Parteien auf europäischer Ebene und insbesondere Vorschriften über ihre Finanzierung auszuarbeiten.

Nachdem die Bemühungen der letzten Jahre, eine Einigung zu erlangen, keinen durchschlagenden Erfolg hatten, kam Anfang des Jahres 2003 wieder Bewegung in die Diskussion über das Statut für europäische Parteien.¹ Am 19. Februar 2003 legte die Kommission einen neuen Vorschlag² vor, auf der Grundlage von Artikel 191 des EG-Vertrages eine Verordnung über die Satzung und die Finanzierung europäischer politischer Parteien zu verabschieden. Das Statut für europäische Parteien, das in der Plenartagung des Europäischen Parlaments am 19. Juni 2003 angenommen wurde, gründet im Wesentlichen auf den Kommissionsvorschlag. Das Gesetz definiert die Voraussetzungen, die notwendig sind, um als europäische Partei anerkannt zu werden, wie auch die Bedingungen, um Finanzmittel für die europapolitische Arbeit aus dem EU-Haushalt zu bekommen. Nachdem der Ministerrat dem Gesetz bereits am 16. Juni 2003 zugestimmt hat, ist das Europäische

1 Zum Verlauf der Bemühungen 2001 bis 2003 eine Einigung zu erlangen, siehe: Johanna Schmidt: Europäische Parteien, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002 bzw. 2002/2003, Bonn 2003, S. 279f. bzw. S. 299f.

2 Zum Vorschlag der Kommission siehe: http://europa.eu.int/luxembourg/docs/071-2003_de.doc.

Parteienstatut, „Satzung und Finanzierung europäischer politischer Parteien“, im Februar 2004 in Kraft treten.

Mit dem neuen Statut erhalten die Parteien auf europäischer Ebene zum ersten Mal eine rechtliche Grundlage und zudem direkte Finanzmittel aus dem Haushalt der EU. Damit wird die bisher übliche Finanzierung der europäischen Parteien durch die Fraktionen beendet und eine klare finanzielle Trennung zwischen Partei und Fraktion herbeigeführt. Die Parteien dürfen nun nicht länger Büros im Parlament unterhalten, Finanzhilfen durch die Fraktionen sind nun verboten und die Parlamentsverwaltung darf seine Ressourcen nur noch gegen Bezahlung zur Verfügung stellen. Dafür erhalten alle europäischen Parteien zusammen im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode 6,5 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt. Ab 2005 sollen es 8,4 Millionen sein. 15 Prozent der Mittel werden als Grundfinanzierung zu gleichen Teilen auf alle Europäischen Parteien aufgeteilt. Die restlichen Mittel werden auf die europäischen Parteien entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten im EP verteilt.³

Das Europäische Parlament ist für die Registrierung einer europäischen Partei zuständig. Die formalen Kriterien lauten: Eine Europäische Partei muss entweder aus einem Viertel der EU-Staaten Mitglieder in das Europäische Parlament senden, in nationalen oder regionalen Parlamenten vertreten sein. Oder sie muss in einem Viertel der Mitgliedstaaten bei den letzten Wahlen zum EP mindestens drei Prozent der Stimmen erhalten haben. Zudem muss die Satzung einer europäischen Partei die Ziele der Partei enthalten und festlegen, welche Organe für die politische und finanzielle Leitung zuständig sind. Das Parlament wird diese Satzungen veröffentlichen. Alle Parteien müssen die freiheitlichen und demokratischen Grundsätze, die Menschenrechte und den Rechtsstaat achten. Das Europäische Parlament, das dabei von einem unabhängigen Ausschuss unterstützt wird, kann dies durch Beschluss der Mehrheit seiner Mitglieder nachprüfen. Eine solche Nachprüfung findet statt, wenn ein Viertel seiner Mitglieder aus mindestens drei Fraktionen dies verlangt.

Aus Gründen der Transparenz muss eine europäische Partei, die Zuschüsse erhält, alljährlich ihre Einnahmen und Ausgaben sowie eine Aufstellung ihrer Aktiva und Passiva veröffentlichen. Sie muss ferner die Namen ihrer Spender und die Beträge ihrer jeweiligen Spenden angeben. Nach dem Statut sind Spenden erlaubt, dabei müssen Spenden über 500 Euro in den jährlichen Rechenschaftsberichten der Parteien ausgewiesen werden. Anonyme Spenden und Spenden von Unternehmen sind verboten. Pro Spender und Jahr sind maximal 12.000 Euro an Zuwendungen erlaubt. Auch für die Mitgliedsbeiträge nationaler Parteien gibt es eine Obergrenze. Maximal 40 Prozent des Jahresbudgets der europäischen Partei dürfen aus Mitgliedsbeiträgen bestehen.⁴ Die Verwaltung des Europäischen Parlaments überwacht die rechtmäßige Verwendung der EU-Gelder. Zudem kann der Europäische Rechnungshof die Einnahmen und Ausgaben der Europa-Parteien jederzeit überprüfen.

Die politische Agenda des vergangenen Jahres wurde bei allen Europäischen Parteien von zwei Themenkomplexen dominiert: der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 und der damit verbundenen Eingliederung der jeweiligen Schwesterparteien der neuen Mitglieder in die Parteistrukturen sowie von den Wahlkampf vorbereitungen für die Europawahl im Juni 2004. Zudem war und bleibt die Annahme der Europäischen

3 Vgl. Matthias Rumpf: Neues Statut und Finanzierung der europäischen Parteien, in: Das Parlament, Nr. 21/22 vom 17./24. Mai 2004, S. 4.

4 Ebd.

Verfassung in der Fassung des Konventsentwurfs ein zentrales Ziel aller Europäischen Parteien.

Die Europäische Volkspartei

Am 29. April 1976 schlossen sich die christlich-demokratischen Parteien aus sieben Ländern der EG zur Europäischen Volkspartei (EVP) zunächst als Föderation zusammen. Inzwischen hat sich die Zahl der Vollmitglieder der Partei auf 45 erhöht. Als assoziierte Mitglieder gelten 16 Parteien, zudem besitzen 11 Parteien den Beobachterstatus.⁵ Seitdem die Partei im November 1990 mit einer neuen Satzung ihren Status als Europäische Partei begründete, ist Wilfried Martens von der belgischen CVP Präsident der Partei. Im 1992 verabschiedeten Grundsatzprogramm sowie in zahlreichen Wahlmanifesten und Aktionsprogrammen entwickelte die EVP ihr grundlegendes parteipolitisches Profil. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit werden als gemeinsames Gedankengut und Maßstab jeder christlich-demokratischen Politik verstanden. Für die EVP bedeutet Europa eine politische, geistige und kulturelle Wertegemeinschaft, für die das Subsidiaritätsprinzip die organisatorische Basis bildet. Die EVP setzt sich für den „entschiedenen Ausbau der Europäischen Union zu einer echten Politischen Union mit föderalem Charakter“ ein.⁶

Der XVI. Parteikongress fand am 4.-5. Februar in 2004 in Brüssel statt und stand vornehmlich unter dem Aspekt der kommenden Europawahlen im Juni. Auf dem Kongress wurde ein Wahlmanifest verabschiedet, in dem Eckpunkte des politischen Profils der EVP aufgeführt sind.⁷ Demgemäß versteht sich die EVP als eine Partei des Gemeinwohls, des Wohlstands und sozialen Sicherheit. Sie tritt für einen Europäischen Raum der Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ein – als wichtige Projekte in diesem Bereich werden die Kompetenzerweiterung für Europol und die Weiterentwicklung von Eurojust zu einem Kommunikations- und Frühwarnsystem, das die nationalen Staatsanwaltschaften verbindet, angesehen. Darüber hinaus legte die EVP ein 50-seitiges Aktionsprogramm vor, das die politischen und organisatorischen Prioritäten für die Legislaturperiode 2004-2009 festlegt.⁸ Als Hauptanliegen der EVP werden dort u.a. genannt: Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen; alle Aspekte der Bedrohung von Sicherheit und Gesundheit; nachhaltige Entwicklung; europäische Jugendpolitik und „good governance“ durch die öffentliche Verwaltung.

Die Sozialdemokratische Partei Europas

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) wurde im November 1992 in Den Haag als Nachfolgerin des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG gegründet. Den Vorsitz der Partei hat seit April 2004 der frühere dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen inne. Die SPE vereint 32 Mitgliedsparteien, 8 assoziierte und 5 Beobachterparteien.⁹ All diese Parteien bekennen sich zum europäischen Integrationsprozess – innerhalb der Vereinigung sowohl von sozialdemokratischen als auch sozialistischen europäischen Parteien besteht ansonsten eine große inhaltlich-programmatische Heterogenität. So wurde noch keine umfassende gemeinsame programmatische Basis in einem Grundsatz-

5 Vgl. www.eppe.org; Einzelmitgliedschaften sind möglich, allerdings ohne Stimmrecht.

6 Vgl. Grundsatzprogramm und weitere Dokumente: www.eppe.org

7 Dokument siehe www.eppe.org

8 „EVP – Aktionsprogramm 2004“ siehe www.eppe.org

9 Vgl. www.pes.org

programm festgeschrieben. Die grundlegenden Positionen und Ziele der Partei lassen sich aber gut aus den Wahlmanifesten und Aktionsprogrammen bestimmen.

Am 24. April 2004 fand in Brüssel der 6. Kongress der SPE statt, der einige Neuerungen brachte. Zum einen fand ein Wechsel an der Parteispitze statt: Rasmussen löste den seit 2001 amtierenden Britten Robin Cook als Vorsitzenden ab. Zum anderen wurde das Parteistatut aktualisiert – eine Maßnahme, die notwendig wurde, um als europäische Partei im Sinne des neuen Europäischen Parteienstatuts zu gelten. Als Vorbereitung des Wahlkampfes für die Wahlen des Europäischen Parlaments wurde ein Wahlmanifest verabschiedet, das fünf Verpflichtungen der SPE für die Legislaturperiode 2004-2009 zum Inhalt hat,¹⁰ anhand derer sich das politische Profil der SPE ablesen lässt: 1. Die Steigerung des Wirtschaftswachstums in Europa, die Armutsbekämpfung und die Schaffung von neuen und qualifizierteren Arbeitsplätzen; 2. Die Europäische Union den Bürgern und Bürgerinnen näher bringen; 3. Die Zuwanderung steuern und die soziale Integration weiterverfolgen; 4. Den Aufbau einer sichereren, nachhaltigeren, friedlicheren und gerechteren Welt; 5. Die Förderung Europas als Raum der Demokratie und Gleichberechtigung.

Die Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei

Die drittstärkste Fraktion im EP stellte in der Legislaturperiode 1999-2004 die Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei (ELDR), die 53 Abgeordnete zählte. Die Partei ELDR wurde im Dezember 1993 als Nachfolgerin der bis dahin bestehenden Föderation der europäischen Liberalen und Demokraten gegründet. Die ELDR unterscheidet Vollmitgliedsparteien (49) und affilierte Mitgliedsparteien (3).¹¹ Zudem bietet sie als einzige europäische Partei auch die Möglichkeit einer individuellen Online-Parteimitgliedschaft.¹² Personell haben sich auf hoher Ebene keine Veränderungen ergeben: Der im April 2000 vom Parteitag ernannte Generalsekretär Lex Corjin (Vlaamse Liberalen en Democraten, Belgien) ist ebenso weiterhin im Amt wie seit September 2000 der Vorsitzende Werner Hoyer (FDP).

Der jährlich im Herbst abgehaltene ELDR-Parteikongress fand vom 12. bis 14. November 2003 in Amsterdam statt. Als erste der Parteien auf europäischer Ebene verabschiedete die ELDR in Amsterdam ein gemeinsames Wahlprogramm. In dem 30-seitenstarken Programm „ELDR – Vision für Europa. 2004-2009“ werden die grundlegenden politischen Ziele formuliert, die auf den Prinzipien der Demokratie, des Friedens, der Stabilität, der Gleichberechtigung, der Transparenz, der Effizienz, der Marktwirtschaft und der Freizügigkeit basieren.¹³ So werden u.a. der Gleichbehandlung der neuen Mitgliedstaaten innerhalb des europäischen Gefüges hohe Priorität eingeräumt und eine Beschränkung der Übergangsregelungen auf das absolute Minimum gefordert. In der Innen- und Rechtspolitik wird die Ausweitung bürgerlicher Freiheitsrechte betont. Die traditionell liberale, marktorientierte Haltung in der Wirtschaftspolitik wird in einigen Bereichen durchbrochen: so soll in der Umwelt- als auch Landwirtschaftspolitik durch gezielte Steuerpolitik eine Sensibilisierung für nachhaltige und umweltgerechte Produktion erreicht werden.

¹⁰ Wahlmanifest und andere Positionspapiere siehe www.pes.org

¹¹ Vgl. www.eldr.org

¹² Das eingerichtete Forum „e-membership“ ist unter www.eldr.org erreichbar. Bis Juni 2004 waren 119 Mitglieder registriert.

¹³ Wahlmanifest siehe www.eldr.org

Der außerordentliche Parteikongress am 30. April 2004 hatte ein zentrales Ziel: Die Adoption des neuen Parteistatuts. Um die finanziellen Mittel aus dem EU-Haushalt ausschöpfen zu können, ist die Partei nun als eine non-profit-Organisation unter belgischem Recht registriert.¹⁴

Die Europäische Föderation der Grünen Parteien/Europäische Grüne Partei

Die Positionen der Europäischen Föderation der Grünen Parteien (EFGP) wurde im EP (Legislaturperiode 1999-2004) durch die Fraktion der GRÜNEN/Europäische Freie Allianz (Die GRÜNEN/EFA) vertreten, die 45 Abgeordnete stellte. Die Fraktionsspitze teilten sich nach bewährter Tradition der grünen Parteien, die Führungspositionen aufzuteilen, die beiden Co-Vorsitzenden Monica Frassoni (Ecolo, Belgien) und Daniel Cohn-Bendit (Les Verts, Frankreich). Formale Grundlage für die Zusammenarbeit der Föderation und der Fraktion ein Abkommen, das Anfang 2001 unterzeichnet worden ist. Die Föderation vereint 32 Mitgliedsparteien aus 29 Ländern und 6 Beobachterparteien.¹⁵

Zum ersten Mal schlossen sich grüne Parteien 1984 auf Europa-Ebene zusammen, es wurde die Europäische Zusammenarbeit Grüner Parteien gegründet. Neue Themenfelder und nicht zuletzt die stetig anwachsende Zahl an neuen ökologischen Parteien, die Mitglieder wurden, machten eine Umstrukturierung erforderlich, so dass 1993 in Helsinki die Europäische Föderation der Grünen Parteien (EFGP) gegründet wurde. Als programmatischen Grundsatz definiert die EFGP die nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung innerhalb Europas. Dies beinhaltet Konzepte zur Konflikt-Vorbeugung und Unterstützung der neuen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa genauso wie die Ausarbeitung alternativer globaler Strukturen in Zusammenarbeit mit Grünen auf der ganzen Welt.¹⁶ Die Parteispitze wird seit 2003 durch das Sprecherduo aus Grazia Francescato (frühere Vorsitzende der italienischen Grünen Partei) und Pekka Haavisto (Vihreä Liitto, Finnland) vertreten.

Als neueste organisatorische Entwicklung haben alle 32 Vollmitglieder der EFGP am 21. Februar 2004 in Rom eine gesamteuropäische Partei aus der Taufe gehoben. Mit der Gründung der Europäischen Grünen Partei (EGP) erfüllen die Grünen ein im Jahre 2002¹⁷ angekündigtes Vorhaben und nehmen zudem eine Vorreiterrolle innerhalb der Europäischen Parteien ein: Als einzige der großen europäischen Parteifamilien traten 25 Grüne Parteien mit einem einheitlichen Wahlprogramm für alle Mitgliedsstaaten bei den Europawahlen an und ein elfköpfiges Führungsteam betrieb gemeinsam und länderübergreifend Wahlwerbung.

Die Europäische Linke

15 sozialistische und kommunistische Parteien aus 13 Ländern Europas haben sich zur Partei der Europäischen Linken (EL) zusammengeschlossen. Der Gründungskongress fand am 8. und 9. Mai 2004 in Rom statt. Als Parteivorsitzender wurde der Italiener Fausto Bertinotti, Vorsitzender der Partito della Rifondazione Comunista gewählt, dessen Partei

¹⁴ Vgl. ELDR-Pressemitteilung vom 30. April 2004.

¹⁵ www.eurogreens.org vom 9. Juni 2004

¹⁶ Vgl. www.eurogreens.org

¹⁷ Auf dem 3. Kongress der EFGP vom 17. bis 19. Mai 2002 in Berlin wurde die „Resolution über die Europäischen Politischen Parteien“ verabschiedet, die besagte, dass spätestens zur Europawahl 2004 eine gemeinsame grüne Partei gegründet werden soll.

zusammen mit den französischen Kommunisten und der deutschen PDS die Neugründung energisch betrieben hat.¹⁸ Erste inhaltliche Zielsetzungen des neuen Bündnisses kann man einem dreiseitigen „Programm“ entnehmen, das allerdings noch keine klaren programmatischen Aussagen enthält und eher einer Proklamation gleicht.¹⁹ Der Vorsitzende nannte auf dem Gründungskongress drei Schwerpunkte des künftigen parteipolitischen Profils der EL: „Erstens ein Nein zur US-Linie des präventiven Kriegs, zweitens ein ökonomisch-soziales Modell in Alternative zur neoliberalen Politik und drittens die Intention, die Politik auf der Basis von Demokratie und Partizipation zu erneuern.“²⁰

Weiterführende Literatur

Carl-Christian Buhr: Europäische Parteien. Die rechtliche Regelung ihrer Stellung und Finanzierung, Berlin 2003.

Stephen Day: Die Osterweiterung der Europarteien. Ambivalenzen eines Familienzuwachses, in: Osteuropa, Heft 5-6, 2004, S. 223-235.

¹⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10. Mai 2004, S. 9.

¹⁹ Vgl. Die Informationen zu der Linkspartei auf der homepage der PDS : <http://sozialisten.de>

²⁰ Vgl. Prange, Sven: EUropas Linke selbstbewusst und ohne Programm, www.europa-digital.de vom 11.05.2004.